

WP-2-129 Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 14.01.2026

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 129 bis 136:

Zweckentfremdung und Leerstand konsequent bekämpfen

Wir Bündnisgrüne verschärfen das Vorgehen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum: Die ausschließliche Nutzung von Wohnraum für Ferienwohnungen werden wir gesetzlich unterbinden und einen Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen einführen. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer entsprechenden App erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von Verdachtsfällen für illegale Ferienwohnungen. Das Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich zur Anwendung bringen und damit Wohnraum in leerstehenden Häusern wieder für Wohnzwecke herstellen. Mit einem Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür,

Von Zeile 138 bis 141:

Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus, indem wir besonders Bezirke mit wenigen Gebieten Bedarf weiterer Gebietsausweisungen zum Schutz vor Verdrängung wie beispielsweise Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird Personal in den Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit dort beginnend zu unterbinden.

Begründung

Mit diesem Absatz beginnt ein neues, für die Wählerinnen und Wähler wichtiges und sehr präsentes Thema - deswegen auch hier die Einfügung einer Zwischenüberschrift, die klar macht, warum es geht. Die gesetzliche Regelung gibt es bereits, das Problem ist die Durchsetzung. Bei öffentlichen Meldeverfahren sollte man nochmal sagen, um welche Verdachtsfälle es denn geht (illegale Ferienwohnungen). Treuhänder*innen sollten sich zuerst um "Geisterhäuser" kümmern - da kennt jeder Bezirk ja weithin bekannte Fälle leerstehender Häuser, und das wird hier durch uns adressiert. Beim Milieuschutz spielt es keine Rolle, ob ein Bezirk viele oder wenige Gebiete hat - entscheidend ist der Bedarf für solche Gebiete. Und, last but not least: Möbliertes Wohnen wollen wir überall unterbinden, auch wenn wir verstehen, dass es aktuell nur in Milieuschutzgebieten erste gangbare Wege gibt.